PORÖSE STADT

Grenzgänge des Urbanen

29.08. – 25.10.2020
Kunstraum Kreuzberg/Bethanien

Eröffnungsnachmittag
Fr 28.08.2020, 17:00 – 21:00

Eine Ausstellung mit Arbeiten von

Akbar Behkalam
Nathalie Anguezomo
Mba Bikoro &
Anaïs Héraud-Louisadat
Filipa César
Alice Creischer &
Andreas Siekmann
Harun Farocki
Micz Flor &
Merle Kröger &
Philip Scheffner
Emily Hass
Juliane Henrich
Kämpfende Hütten
Aykan Safoğlu
Anri Sala
Hadas Tapouchi
Nasan Tur
Pınar Öğrenci
Ultra-red
Bárbara Wagner &
Benjamin de Búrca

Kuratiert von
Caroline Adler & Eylem Sengezer

www.kunstraumkreuzberg.de

Berlin gilt in der öffentlichen Wahrnehmung als Ort des Wandels, der Improvisation, der räumlichen Unordnung und stetigen Unbeständigkeit. Jenseits der Kommodifizierung dieser Widersprüchlichkeiten und der Inwertsetzung von Sub- und Gegenkulturen öffnet die Ausstellung ***Poröse Stadt*** einen Raum für Fragen an dieses ambivalente Offenheitsparadigma: Welche Phänomene und Ereignisse bringen diese Umbrüche hervor und welche Auswirkungen haben sie auf die urbane Ordnung? Die Ausstellung geht der Frage nach, wer Anteil an bestimmten Grenzziehungen im von jeher politisierten Raum des (Be)Wohnens von Stadt hat. Welche Gegen-Narrative lassen sich im Hinblick auf scheinbar abgeschlossene, machtvolle Prozesse der Verdrängung, aber auch der Kommodifizierung von ‚Wandel' und ‚Improvisation' entwickeln? Wo finden sich Orte des Widerstands und der Selbstermächtigung? Die Ausstellung ***Poröse Stadt — Grenzgänge des Urbanen*** versammelt künstlerische und aktivistische Positionen, die den Stadtraum Berlin als Wohn-, Lebens- und Erfahrungsraum verhandeln und dabei marginalisierte Räume und ihre Erzählungen, Widersprüche und Überlagerungen sichtbar machen.

Dass die gemeinten Wohn- und Lebensräume dabei nicht nur private, sondern vor allem kollektiv geteilte Räume sind, zeigt das Projekt **Das Co von Kotti & Co** der Soundart-Gruppe **Ultra-red**. Das 1994 gegründete Künstler*innen- und Aktivist*innen-Kollektiv nutzt Sound als Strategie politischer Intervention. Gemeinsam mit Jugendlichen der Mieter*innengemeinschaft Kotti & Co entwickelten sie zwischen 2011 und 2012 Klangprotokolle und -objekte, um dem Klang des Zusammenlebens und Protests nachzugehen. Sound ist Mittel für kollektive Reflexion und Vermittlung — sowie potenziell Selbstermächtigungsprozess. Aber nicht nur im öffentlichen Raum verleihen kreative Prozesse der Wiederaneignung dem "Recht auf Stadt" Ausdruck und ermöglichen Zugang zu politischen Debatten über die Zukunft der Stadt. Bis heute sind Mieter*innenkämpfe prägend für das Stadtbild und soziale Gefüge Berlins — dennoch sind die Vielfalt und Vielschichtigkeit dieser Bewegungen oft verschüttet. Das betrifft nicht nur die stillen Hausbesetzungen in Ost-Berlin oder die Häuserkämpfe der 90er Jahre, sondern auch die Selbstorganisation von migrantischen Frauen in Berlin-Kreuzberg, die sich im Zuge rassistischer Stadtpolitiken wie Zuzugssperre oder ‚Ausländerzuschlag' in den 70er und 80er Jahren in Vereinen selbst organisierten, um erdrückende Wohn- und Lebensverhältnisse zu überwinden. Teile der Ausstellung **Kämpfende Hütten** des gleichnamigen Berliner **Ausstellungskollektivs**, die in den Kunstraum Kreuzberg/Bethanien übernommen wurden, erzählen diese marginalisierten Erzählungen und geben Einblick in die Verschränkung des Kunstraums selbst und seine wechselvolle Geschichte als umkämpfter Ort. Die Mieter*innenorganisation im Märkischen Viertel, das als Neubau-Vorzeigeprojekt geplant und gebaut wurde, zeigt darüber hinaus, dass sich der Widerstand gegen städtische Wohnungspolitiken nicht nur auf das heutige Berliner Zentrum beschränkt. Der Künstler **Anri Sala** erkundet in seiner Arbeit **Long Sorrow** (2005) das Gefälle zwischen vermeintlicher architektonischer Trostlosigkeit und individueller Selbstermächtigung in diesem Viertel, dem die Bewohner*innen den Spitznamen ‚Langer Jammer' (Long Sorrow) gaben, auf ganz eigene Weise in der Gegenwart. Im 18. Stock eines Gebäudes verwandelt der Free-Jazz-Saxophonist Jemeel Moondoc in einer ekstatischen Performance die Wohnarchitektur in eine Bühne für sein künstlerisches Schaffen.

Reale widerständige Praktiken und die Inanspruchnahme des städtischen Raums formier(t)en sich meist in Konflikt zu polizeilicher Gewalt, wie der Titel der Arbeit **Staatsgewalt** (1981) des Künstlers **Akbar Behkalam** deutlich macht. Als unmittelbare künstlerische Verarbeitung der Kreuzberger Häuserkämpfe der 80er Jahre verleiht er dem Machtgefälle zwischen Stadtbewohner*innen und Staatsorganen Ausdruck. In ihrer künstlerischen Neuproduktion richtet **Pınar Öğrenci den Blick auf den Konflikt** zwischen Wohnbedürfnissen und Stadtplanung, persönlicher Erinnerung und kollektiver Geschichtsschreibung. In Auseinandersetzung mit einem der wirkmächtigsten Stadterneuerungsprojekte Berlins — der Internationalen Bauausstellung (IBA) 1984/87 — bringt sie das fotografische Archiv der Architektin Heide Moldenhauer und die Forschungsarbeit der Wissenschaftlerin Esra Akcan in Dialog und fragt nach den Verbindungslinien zwischen Migration, Architektur und Feminismus in Berlin-Kreuzberg. **Micz Flor/Merle Kröger/Philip Scheffner schärfen in ihrer** Videoarbeit **ES Express — Touren durch die ErsatzStadt** (2003) den Blick für die Inwertsetzung gerade solcher lange aus der Peripherie geführten Debatten und Kämpfe um den städtischen Raum. Die vierteilige Dokumentarserie begleitet u.a. Bert Neumann, Kanak Attack, und Aktivist*innen der Wagenburg Der Kanal (ehemals Schwarzer Kanal) im Gespräch mit Künstler*innen aus Istanbul und Mumbai auf Sightseeing-Touren durch Berlin. Im Kontrast zu touristischen Stadtführungen entwirft jede Tour ihre eigene sozialpolitische Motivation und schafft so ein Bild von Berlin als Konstellation aus Ersatz-, Residenz-, Grenzstadt und Mobiler Stadt. In **Bonjour tote Arbeit** (2019) greifen **Alice Creischer und Andreas Siekmann** die ursprüngliche Frage nach der Warenförmigkeit von Kunst und ihrer Funktionalisierung im Zuge des Umbaus Berlins zur „Smart City" und den damit einhergehenden Inwertsetzungsungsprozessen **auf.**

Stadt ist immer auch ein Raum der Imagination, in den sich verschiedene gesellschaftliche Selbstverständnisse und -entwürfe einschreiben. Die Videoarbeit **Desenho/Canteiro | Plan Plat** (2014) von **Bárbara Wagner & Benjamin de Burca** macht deutlich, dass sich Prozesse von Exklusion und Inklusion nicht erst an fertigen Gebäuden vollziehen, sondern schon im Planungsprozess in Vokabular, Bildern und Slogans neoliberaler Verwertungslogiken **zirkulieren. Wer und was in die Stadt gehört und wer nicht, entscheidet sich eben nicht zwangsläufig an sichtbaren Grenzen. Nasan Turs Installation invisible** (2004) **deutet an, wie Zugehörigkeit im urbanen Raum auch immer komplexen ideologischen Vorannahmen unterliegt: Überwachungsaufnahmen von Moscheen und islamischen Einrichtungen zeigen Eingänge, die sich von gewöhnlichen Orten kaum unterscheiden; vielmehr gliedern sie sich nahezu unsichtbar in Wohnblöcke oder Hinterhöfe ein. Ist Unsichtbarkeit im öffentlichen Raum ein Zeichen gelebter Selbstverständlichkeit oder symbolisiert sie den Ausschluss?**

In ihrer Videoarbeit **Berlin Zoo** (2003) präsentiert **Filipa César** Nahaufnahmen der Gesichter von Reisenden am Bahnhof Zoo, die scheinbar staunend und ehrfürchtig

auf die Anzeigetafel starren. Unterlegt mit Vogelklängen entspinnt sich ein Fake-Dokumentarfilm über die Zweite Natur der Großstadt Berlin. Während Césars Film eine humorvolle Auseinandersetzung mit der ‚Eigenart' des Stadtmenschen ist, widmet sich **Harun Farocki**s Filmessay **Stadtbild** (1981) den Konflikten, die seit den 60er Jahren um das Stadtbild Berlin im wortwörtlichen Sinn entbrannt sind. In der Kombination von Fotografien und Interviews erkundet Farocki unser sich wandelndes Verhältnis zu alter und neuer Architektur sowie die Zuschreibungen und Hoffnungen, die mit Begriffen des ‚Alten' oder ‚Neuen' einhergehen. Dekorative Fassade, Ornament und Gründerzeit werden in Stellung gebracht gegen Neubau, kubische Formen und Glas.

An scheinbar oberflächlichen Phänomenen wie Baustil und Fassadenoptik lassen sich aber oft auch tief wurzelnde koloniale Machtstrukturen und Wünsche nationaler Repräsentation ablesen. Um solche Einschreibungen in Architektur und Geschichte nicht nur aufzuzeigen, sondern auch porös und brüchig zu machen, bedarf es archäologischer, dekolonialer Perspektiven auf die Stadt. **Nathalie Anguezomo Mba Bikoro** und **Anaïs Héraud-Louisadat** arbeiteten von 2015 bis 2017 als Squat Monument, in dessen Rahmen die Videoarbeit **We Built the Kilimanjaro!** (2016) entstand. Der Titel geht zurück auf eine Szene des NS-Propagandafilms Carl Peters (1942), der durch die Überblendung der Berliner Siegessäule mit dem Berg Kilimanjaro in Tansania ein Schlüsselbild zur Bekräftigung deutscher Kolonialmacht nach der Berlin-Kongo-Konferenz im Jahr 1885 schuf. Gegen diese gewaltvolle Geschichte positionieren die Künstlerinnen kollektive Erzählungen und persönliche Eindrücke Berliner Frauen rund um das Denkmal und stellen die Frage, auf welche Art und Weise sich neue Erzählweisen in alte Gemäuer einschreiben lassen. Auch **Emily Hass** folgt in ihrer Arbeit **Altonaer Straße 2** (2008) den Spuren persönlicher Erinnerung im Berliner Stadtraum. Ihre Aquarell-Serie rekonstruiert Architekturpläne und Bauzeichnungen des — mittlerweile abgerissenen — Hauses ihres jüdischen Vaters, der in den 1930er Jahren aus Berlin fliehen musste. **Hadas Tapouchi** betitelt ihre fotografische Serie **Transforming** (seit 2013), die die rund 3000 Zwangsarbeiterlager dokumentiert, die sich zwischen 1939 und 1945 in Berlin und Brandenburg befanden. Ehemals integraler Teil der NS-Kriegswirtschaft und des Alltags, gibt es heute nur noch wenige Spuren dieser Berliner Infrastruktur. Welche Transformationen, Umdeutungen und Veränderungen erfahren urbane Räume durch Geschichte und welche Normalisierungen und Neutralisierungen geschichtlicher Katastrophen haben sich in den Stadtraum — auch in Form von Abwesenheit — eingeschrieben?

In seinem filmischen Essay **ziyaret** (2019) lotet **Aykan Safoğlu** während eines Spaziergangs auf dem Alten St.-Matthäus-Kirchhof in Berlin-Schöneberg die Grenzen zwischen privater und öffentlicher Erinnerung, zwischen Verlust und Erinnerung aus. **Ziyaret** ist eine ästhetische und symbolische Annäherung an den Friedhof als archäologische Stätte, die vergessene oder marginalisierte Geschichten von Migration, antikolonialen Bewegungen oder Aids-Aktivismus in Berlin sichtbar werden lässt. Wie Macht und Herrschaft auf den Überresten des Vergangenen aufbaut, aber auch das eigene ideologische Selbstverständnis in den Stadtraum einschreibt, wird in **Juliane Henrich**s Film **spurnahme** (2008) deutlich. Fotografische Aufnahmen des Areals der Chausseestraße in Berlin-Mitte aus unterschiedlichen Zeiten, Geschichten und Perspektiven überlagern sich. Schicht um Schicht nähert sich Henrich in Überblendungen und Off-Kommentaren den urbanen Umbrüchen, Zerstörungen und gesellschaftlichen Auswirkungen dieses Ortes, der heute Sitz des Bundesnachrichtendienstes ist.

In der Konstellation künstlerischer und aktivistischer Positionen öffnet die Ausstellung einen Blick auf das Bewohnen von Stadt als poröses und prekäres Beziehungsgeflecht, das immer wieder neu verhandelt werden muss. Die Ausstellung erhebt nicht den Anspruch einer stadtsoziologischen Annäherung oder linearen Geschichtsschreibung urbaner Kämpfe, sie versucht vielmehr, jene (unsichtbaren) Grenzziehungen und Machtverhältnisse im städtischen Raum, aber auch die kreativen Möglichkeiten ihrer Umdeutung und Aneignung sichtbar zu machen. Gerade durch die Einblendung dieser Machtverhältnisse innerhalb städtischer Verwertungsprozesse wird die Verwicklung und Verdichtung unterschiedlicher Regime der Marginalisierung für bestimmte Körper und Erinnerungen in denselben Räumen einer Stadt deutlich. Die Auseinandersetzung mit der Stadt wird somit zu einer Auseinandersetzung mit der gelebten Erfahrung im Stadtraum, den sozialen Formen, die bestimmte Architekturen (v)er(un)möglichen, als auch der ‚wohnenden Gesellschaft' als sozialer Architektur selbst. ▪

Caroline Adler arbeitet als freie Kuratorin und Kulturwissenschaftlerin in Berlin.

Eylem Sengezer arbeitet als freie Kuratorin sowie als Referentin für Diversity Arts Culture.

„ES GING NICHT NUR UMS WOHNEN"

Philipp Mattern im Interview mit Caroline Adler und Eylem Sengezer

2018 erschien euer Buch „Mieterkämpfe. Vom Kaiserreich bis heute — Das Beispiel Berlin". Gemeinsam mit Autor*innen u.a. des Ausstellungskollektivs „Kämpfende Hütten" zeichnet ihr die widersprüchlichen und vergessenen Wohnungskämpfe in Berlin von 1870 bis in die Gegenwart nach. Dabei sprecht ihr von dem Wunsch nach einer Politisierung der Wohnungsfrage von unten. Wie kann man sich das vorstellen? Was ist dieses „weit mehr als die eigenen vier Wände", um das es in den Kämpfen um Miete und Wohnen immer auch ging?

Die Kräfte, die die Wohnungsfrage politisierten, hatten stets mehr als das Wohnen im Blick. Wir verwenden im Buch teilweise den Begriff der „Mieterbewegung". Den sehe ich kritisch, weil in dieser historischen Dimension von ‚Bewegung' nicht gesprochen werden kann. Es gibt nicht eine sich durch die Geschichte ziehende Linie, die man vom Kaiserreich bis heute als die „Mieterbewegung" nachzeichnen kann. Die Fälle, die wir uns anschauen, haben im Kontext von sozialen und politischen Bewegungen stattgefunden, die mehr als die Wohnung und Miete vor Augen hatten: die Arbeiterbewegung im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, die Studentenbewegung und die Neuen Sozialen Bewegungen in West-Berlin nach '68, in gewisser Weise auch die linke DDR-Opposition zur Wendezeit.

Um die Jahrhundertwende sind die ersten mietenpolitischen Kämpfe lokal geführt worden, wie 1872 bei den Krawallen in der Blumenstraße in Friedrichshain. Die Basis war die „Kiezstruktur", die unmittelbare Nachbarschaft oder Kneipe, die auch als sozialer Treffpunkt galt. Trifft dieser lokale Aspekt auf die gegenwärtigen Kämpfe noch zu?

Ein wichtiger Faktor war die räumliche Nähe von Arbeit und Wohnen. Dass man im Wohnhaus wohnte und im Hinterhof eine Schmiedewerkstatt oder eine Fabrik hatte, war zur Zeit des Kaiserreichs und in der Weimarer Republik die allgemeine Lebensrealität. Die Leute waren auch nicht so mobil wie heute, Autos und öffentlicher Nahverkehr setzten sich erst allmählich durch. Die spätere räumliche Funktionsteilung von Wohnen und Arbeiten ist ein Phänomen des modernen Städtebaus. Aber offensichtlich ist es immer noch so, dass sich Auseinandersetzungen ums Wohnen vornehmlich in kleinen lokalen Einheiten wie Kiez, Bezirk oder Stadtteil abspielen, wie das Beispiel „Bizim Kiez" in Kreuzberg zeigt, wo die Kündigung eines Gemüseladens den Anstoß gab. Nicht selten tun sich auch Mieter*innen desselben Vermieters zusammen, beispielsweise der Unternehmensgruppe Padovicz in Friedrichshain, teils gibt es aber auch berlinweite Bündnisse, in denen sich Mieter*innen aus verschiedenen Siedlungen und Stadtteilen organisieren, etwa gegen die „Deutsche Wohnen".

Wie finden sich Leute zusammen, wie entsteht Kollektivität?

Wenn man 100 Jahre zurückblickt, gab es in Berlin eine Arbeiterklasse und ein kollektives Bewusstsein über die eigene soziale Lage, deren Gründe und was passieren müsste, um sie zu verändern. Natürlich war die Wohnsituation dabei ein wichtiger Aspekt. Die großen Hausbesetzungen wiederum waren in einer Alternativszene verankert, die sich aus einem gewissen Zeitgeist speiste. Heute gibt es so etwas kaum noch, stattdessen beobachtet man nicht selten einen politischen Aktivismus, der eben nicht organisch mit den Milieus verbunden ist, auf die er einwirken möchte. Es wird versucht, die Nachbarschaft zu mobilisieren, und dann wundert man sich, wenn es nicht klappt. Die Kollektivität, von der ihr sprecht, lässt sich ja nur sehr bedingt ‚synthetisch' herstellen. Auch ihre Imitation durch Symbolpolitik oder die Anwendung professionalisierter Techniken des Politmanagements – Stichwort Organizing – ändern daran wenig. Das ist ein großes Problem heute.

Euer Buch widmet sich einer teilweise marginalisierten Seite Berliner Mieter*innenproteste und Besetzungen, zum Beispiel dem Anteil migrantischer Frauen an der Transformation des urbanen Raums in Kreuzberg. Warum ist die migrantische Perspektive bis heute noch immer marginalisiert?

Insgesamt ist die Geschichte der Mieterkämpfe eine verschüttete, verdeckte Spur, die punktuell in Form von Legenden und Mythen im historischen Gedächtnis präsent ist. Was darin eingeht, ist natürlich sehr selektiv. Geschichte wurde auch hier, wenn nicht von den ‚Siegern', so doch von den artikulationsstärksten Gruppen geschrieben. Die Studenten von 1968 lernten schnell, professionell Politik zu betreiben, Bilder und Narrative zu besetzen und zum strategischen Vorteil zu nutzen. So ist es kein Zufall, dass man heute bei Westberliner Hausbesetzern an langhaarige Studenten denkt und weniger an türkische oder kurdische Frauen. In der ohnehin verdeckten Spur gibt es noch marginalisiertere Abzweigungen, die sich schwerer verfolgen lassen. Das gilt auch für die Rolle von Jugendlichen aus der Arbeiterklasse und Auszubildende, wie das Georg von Rauch-Haus in Kreuzberg oder das Märkische Viertel zeigen.

Pessimistisch könnte man meinen, die Geschichte der Berliner Häuserkämpfe ist eine Geschichte des Scheiterns, des Abbruchs. Welche Kontinuität lässt sich über die Jahre erkennen? Wo ließe sich heute anknüpfen?

Die Kontinuität ist, dass man nicht nur aufs Spektakel schauen darf. Die Blumenstraßenkrawalle waren ein großer Aufruhr, der eine Woche dauerte – aber folgenlos blieb. Umgekehrt gibt es eine Art fortgesetztes Scheitern, das im Endeffekt große Wirkung hatte. Etwa die Hausbesetzungen, die immer wieder geräumt wurden, aber die spätere behutsame Stadterneuerung erst auf die Tagesordnung brachten.

Fast nahezu alle Mieterkämpfe sind an einem gewissen Punkt durch Staatsgewalt eingehegt worden. Wie bewertest du die Rolle staatlicher Organe heute, wenn es um Erfolge und Misserfolge dieser widerständigen Praktiken geht?

Ein aktuelles Beispiel: Nach einer Demo gegen die Schließung der Jugendzentren „Potse" und „Drugstore" in der Potsdamer Straße in Schöneberg haben Jugendliche ein Gebäude am Dragoner Areal besetzt. Man kann sich zu Recht fragen, warum ein rot-rot-grüner Senat sofort die Polizei schickt, um Jugendliche aus einer landeseigenen Immobilie rauszuschmeißen. Das ist schon sehr fragwürdig. Wieso kriegt man es nicht hin, diese Jugendzentren zu

Anri Sala – Long Sorrow, 2005, Single-channel HD video transferred from super 16 mm film and stereo sound, Duration: 12 min 57 sec, Courtesy: Marian Goodman Gallery; Hauser & Wirth; Galerie Chantal Crousel, Paris; Esther Schipper, Berlin;Galerie Rüdiger Schöttle, Munich

erhalten? Das ist dann aber weniger eine Frage der Staatsgewalt, denn eine Frage politischen Willens.

Ein weiteres Beispiel ist die Besetzung der Gerhart-Hauptmann-Schule 2012 in Berlin Kreuzberg. Die Refugees formulierten klare Forderungen auf ein Recht auf Stadt und Wohnen. Warum werden diese Hausbesetzungen heute als illegitim abgewertet?

Sofern frühere Hausbesetzerbewegungen auf eine teils größere Akzeptanz stießen, hatte das sicher besondere Voraussetzungen, die heute nicht gegeben sind. Also große Wohnungsnot bei gleichzeitigem massenhaften Leerstand, politische Bewegungen und subkulturelle Szenen, denen es nicht nur um den Zugang zu Wohnraum, sondern auch um die Verwirklichung alternativer Lebensentwürfe ging.

Man kommt nicht umhin, Friedrich Engels Text „Zur Wohnungsfrage" im Subtext dieser Bewegungen zu lesen. Schon damals ging es um Vergesellschaftung statt Eigentum und die These, dass das Wohnproblem, die Wohnungsfrage, eben nicht durch Stadtplanung und Architektur zu lösen sei, sondern einer strukturellen Veränderung bedarf. Wie würdest du diese Frage heute beantworten?

Engels hat „Zur Wohnungsfrage" im Jahr 1872 geschrieben — im gleichen Jahr, in dem die Blumenstraßenkrawalle in Friedrichshain stattfanden. Es gibt diese viel zitierte Stelle, die Wohnungsfrage sei im Kapitalismus genauso gut lösbar wie jede andere soziale Frage, nämlich gar nicht oder zumindest nicht endgültig. Das mag stimmen, allerdings ist das Problem, dass Engels dies 1872 geschrieben hat, das heißt im finstersten Kaiserreich. Dort gab es noch nicht einmal die allerersten Ansätze des modernen Sozialstaats in Deutschland. Selbst die Bismarck'sche Sozialgesetzgebung kam erst ein Jahrzehnt später. Was Engels nicht wissen konnte, ist, dass diese Wohnungsfrage, wenn sie auch nicht endgültig gelöst wurde, so doch im 20. Jahrhundert aus großen Teilen Europas weitgehend verschwinden sollte. Zumindest im Westen, aber keineswegs in der Abkehr vom Kapitalismus, sondern im Sozialstaat. Seit einigen Jahren wird von der Wiederkehr der Wohnungsfrage gesprochen. Sie kehrt aber nicht zufällig zurück, sondern ist die Folge eines Abbaus von Sozialstaatlichkeit. Das eigentlich Spannende ist also, wie der Sozialstaat in diesem Bereich zukünftig wieder ausgebaut werden kann. Wenn man heute in Berlin großen Wohnungsmangel hat, ließe sich dieses Problem lösen, indem man öffentliche Gelder in die Hand nimmt und Wohnungen im öffentlichen Eigentum baut.

Ist der Mietendeckel dann nur ein Notpflaster oder ein gutes Beispiel für sozialstaatliches Handeln?

Der Mietendeckel ist ein Instrument weitreichender Regulierung und mit ihm werden rechtlich neue Wege beschritten. Regulierung ist aber nicht gleich Gestaltung. Der Sozialstaat fängt erst da richtig an, wo der Staat als Akteur selbst gestaltend tätig wird. So erfreulich der Mietendeckel auch ist, er ist im Endeffekt eine Reaktion auf wohnungspolitische Versäumnisse der letzten Jahre und Jahrzehnte, die zu einem angespannten Wohnungsmarkt geführt haben. Es gibt eine sehr große Nachfrage nach Wohnungen und ein geringes Angebot. Bei Neuvermietung und auch bei Mietsteigerung im Bestand können die Eigentümer*innen aus so einer Situation sehr viel rausholen. Deshalb werden die Mieten jetzt für fünf Jahre gedeckelt, um sich Zeit zu verschaffen und durch eine Erhöhung des Angebotes an bezahlbaren Wohnungen das Problem zu lindern. Sozialstaatliches Handeln bedeutet dann, gute Wohnungen in ausreichender Zahl auch tatsächlich zu bauen und eine vernünftige Quartiersentwicklung zu machen. Diese Herausforderung hat sich die rot-rot-grüne Koalition mit dem Mietendeckel selbst gestellt, und es ist dringend nötig, ihr in den nächsten Jahren sehr genau auf die Finger zu schauen und auch zu klopfen.

Ein Negativbeispiel der jüngeren Wohnungspolitik sind die MUFs (Modulare Unterkünfte für Flüchtlinge). Das sind modular gefertigte, kostengünstige und schnell errichtete Bauten mit kleinen Mehrpersonenzimmern: Dusche, Toilette auf dem Gang, geringe Gebäudetiefe, kaum Tageslicht. Pro Gebäude bis zu 450 Bewohner*innen. Berlin baute bzw. plant sie an mehreren Dutzend Standorten, teils abseits der normalen Wohngebiete. Es ist klar, dass hier eine Weichenstellung zur Etablierung eines neuen Substandards stattfindet, für Menschen, die sich auf dem normalen Wohnungsmarkt nicht versorgen können; eine bewusste Unterschreitung von Flächen- und Ausstattungsstandards sowie von Standards der Lage und Erschließung. Wenn diese Bauten nicht mehr für Geflüchtete genutzt werden, wird es andere Gruppen geben, die dort untergebracht werden. Es heißt, damit sei langfristig ein wichtiger Baustein für die soziale Wohnraumversorgung für Berlin gelegt worden. Das sind eigentlich skandalöse Äußerungen von diversen Politiker*innen, auch von Grünen, Linke und SPD. Klar ist, eine solche Entwicklung wird für den Wohnungsmarkt langfristig schlimme Folgen haben. Hier muss man sich entscheiden, in welche Richtung man will. ▪

Philipp Mattern ist Politikwissenschaftler, tätig in der Berliner MieterGemeinschaft e.V und Herausgeber des Sammelbands „Mieterkämpfe. Vom Kaiserreich bis heute – Das Beispiel Berlin" im Verlag Bertz + Fischer.

„DIE MÖGLICHKEIT EINER ANDEREN GENEALOGIE DER STADT"

Noa K. Ha im Gespräch mit Caroline Adler und Eylem Sengezer

In deiner Forschung plädierst du für eine „Revision der epistemischen Prämissen der Stadtforschung", für eine urbane Dekolonisierung. Was sind diese epistemischen Prämissen? Könntest du beschreiben, wo du dich innerhalb der Stadtforschung verortest?

Meine Dissertation ist geprägt von theoretischen Zugängen der linken Stadtforschung rund um David Harvey, Neil Brenner bis zu Kanishka Goonewardena, in denen es um eine marxistische oder neomarxistische Analyse der Produktion des Städtischen, inspiriert von Henri Lefebvre, ging. Ich selbst komme zudem aus einer antirassistischen, selbstorganisierten zivilgesellschaftlichen Arbeit. Während der Jahreskonferenz der BUKO (Bundeskongress Internationalismus) im Jahr 2014 stellte ich fest, dass die Antigentrifizierungs- und wohnungspolitischen Kämpfe und die Kämpfe der Geflüchteten auf der Konferenz fast durchgängig voneinander getrennt waren – bis auf eine große gemeinsame Diskussion, bei der ich auf dem Panel saß. Mich hat die Frage umgetrieben, warum die Kämpfe der Geflüchteten in den raum- und wohnungspolitischen Debatten kaum reflektiert wurden. Eine Beobachtung war, dass es sich um sehr weiße Kämpfe handelte, die von Leuten geführt wurden, die schon in der Stadt waren, schon Wohnraum hatten und nun den Protest gegen steigende Mieten führten. Das ist im Verhältnis zu geflüchteten Menschen, die den Zugang zur Stadt erst erhalten müssen, eine ganz andere Ausgangsposition. Diese Verhältnisse wurden weder reflektiert noch in Beziehung gesetzt. Es war klar,

Nathalie Anguezumo Mba Bikoro & Anaïs Héraud-Louisadat – We built the Kilimanjaro!, 2016 , Still from 2 channel film and audio, 10 mins, Squat Monument project, supported by District © Nathalie Anguezumo Mba Bikoro & Anaïs Héraud-Louisadat

dass wir uns mit Fragen von neoliberaler Raumproduktion auseinandersetzen mussten, was wiederum die nächste Frage aufwarf, warum eigentlich eine Auseinandersetzung mit Rassismus, eine feministische oder zumindest geschlechterbezogene Analyse in diesen Diskursen überhaupt nicht eingeschrieben ist. Selbst David Harvey betrachtet diese Fragen als Nebenwiderspruch. Das ist das Grundsätzliche: Warum ist das eine ein Hauptwiderspruch und das andere sind Nebenwidersprüche? Das haben wir 2012 in der Konferenz „Decolonize the city! — Dekoloniale Perspektiven in der neoliberalen Stadt" versucht zu bearbeiten. Die Auseinandersetzung mit dekolonialer Theorie und dem Konzept der Kolonialität der Macht erschien uns sehr hilfreich für eine Analyse neoliberaler Stadtproduktion. Im Rückblick war das ein wichtiger Zeitpunkt, als die Kämpfe der Geflüchteten aus Lampedusa zunehmend die Debatten zu Flucht und Migration in Europa bestimmten.

Die Anwesenheit einer migrantischen Mitte in Berlin ist in dieser Form in anderen europäischen Städten nicht anzutreffen. Die Position, von der aus die migrantischen Kämpfe geführt wurden, besaß daher eine andere Selbstverständlichkeit. Man war jahrzehntelang hinter der Mauer und aus einer West-Perspektive an den Rand gedrängt. Als die Mauer fiel, haben sich Zentrum und Peripherie plötzlich verschoben, womit auch Wertsetzungslogiken einsetzten. Wenn man an Paris oder London denkt, ist deutlich zu sehen, dass die Innenstädte, also die Zentren der Macht, sehr weiß und bürgerlich sind. Die Grüne Bezirksregierung unterstützte zu Beginn die Präsenz der Geflüchteten auf dem Oranienplatz, aber irgendwann eskalierte die Situation, weil die bundespolitischen Debatten zur europäischen Flucht- und Migrationspolitik durchschlugen. 2013 waren Geflüchtete in der Gerhart-Hauptmann Schule in Berlin-Kreuzberg untergebracht, die geräumt werden sollte. Für eine Woche war alles komplett abgeriegelt. In dieser Zeit sprach ich mit meinen Studierenden über eine Versicherheitlichung der Stadt, also über die Frage, wie die Sicherheitspolitik in den Städten militarisiert wurde, und über die Kämpfe von Geflüchteten – ein Zusammenhang der direkt vor der eigenen Haustür augenfällig wurde. Es wurde sehr deutlich, dass die Frage der Grenzsicherung nicht mehr nur an den europäischen Außengrenzen stattfindet, sondern auch innerhalb der Stadt selbst.

In deinem Aufsatz „Zur Kolonialität des Städtischen" schreibst du, dass innerhalb der Stadtforschung „vor allem an westlichen Städten orientierte und eurozentristische Konzepte zur Anwendung" kommen und somit die Analyse des Kolonialismus vernachlässigt wird. Inwiefern trifft dies auf Berlin zu?

Bárbara Wagner & Benjamin de Burca, Desenho / Canteiro | Plan / Plat, 2014, Video collage, HD, colour, sound 2.0, 16:9, 12'12" © Bárbara Wagner & Benjamin de Burca. Courtesy of the artists and Fortes D'Aloia & Gabriel, São Paulo / Rio de Janeiro

Ich arbeite derzeit mit Giovanni Picker von der University Glasgow an einem Buch zum stadtsoziologischen Modell der europäischen Stadt, welches in den frühen 1990ern entwickelt wurde. Picker hat das Buch „Racial Cities" geschrieben, dessen zentrales Argument ist, dass die koloniale Stadtplanung eine Matrize ist, die nach Europa reimportiert wurde, um daran anschließend bestimmte Fragen nach Wohnraum und Stadtorganisation nicht nur entlang von sozialen Fragen, sondern auch entlang von ethnisierten Fragestellungen zu organisieren. Ein Beispiel ist das Hygiene-Narrativ, das Picker in verschiedenen europäischen Städten bezogen auf die räumliche Situation von Roma und Sinti analysiert hat. Denn mit dem Hygiene-Argument wurden Roma und Sinti aus der Stadtmitte umgesiedelt oder vertrieben. Hierbei bezieht er sich auf koloniale Stadtplanungen. Wir argumentieren in unserem Buch, dass der Idee der europäischen Stadt eigentlich eine rassistische Idee innewohnt, die zwar nicht benannt, aber in stadtsoziologischen Modellen als übergeordnetes Entwicklungsziel herangezogen wird. Schlüsselbegriffe sind dabei Modernität und Industrialisierung: Der Grad der Modernität und der Industrialisierung einer Stadt wird zum Indikator ihres Entwicklungsstands. Dabei werden die Widersprüche von Modernität, die im Zusammenhang mit Kolonialismus zu sehen sind, überhaupt nicht benannt oder reflektiert. In diesem Kontext stellen wir die Frage, ob es nicht auch die Möglichkeit einer anderen Genealogie der Stadt oder des Städtischen gibt.

Akbar Behkalam – Staatsgewalt, 1981 © Akbar Behkalam

In deiner Forschungsarbeit zum Straßenhandel in Berlin zeigst du auf, wie der öffentliche Raum von Alt-Berlin (Mitte) schon zu Beginn der 90er durch die Einführung des Negativkatalogs – einer Straßenverordnung, die den Straßenhandel neu regelte und regulierte – mit städtebaulichen Debatten um nationale Repräsentation zeitlich zusammenfiel. Könntest du kurz an diesem Beispiel ausführen, wie sich politisches Handeln, Stadtmarketing und das Wiedererstarken nationaler Debatten um 1990 gegenseitig bedingt haben?

An den städtebaulichen Entwicklungen in Berlin Mitte zeigt sich, wie im historischen Rückgriff auf die

Kurdisch-türkische Hausbesetzerinnen halten ein Transparent mit der Aufschrift „Nur Mut“ vor dem Hauseingang Kottbusser Straße 8
© Kämpfende Hütten

Gründerzeit, also die Zeit vor dem Nationalsozialismus und der DDR, auch ökonomisch motivierte Entwicklungslinien enthalten sind. In meiner Untersuchung zum Berliner Straßenhandel wurde deutlich, dass es aufgrund strenger Regularien, dem sogenannten Negativkatalog, fast unmöglich war, Straßenhandel zu betreiben. In den 90er Jahren gab es einerseits ein architektonisches Rendering der ‚Stadt von morgen‘ – Zeitungen waren voll mit Bildern, wie Berlin zukünftig aussehen sollte – und andererseits waren Menschen auf den Straßen und verkauften Mauersteine und Souvenirs und verdienten gutes Geld. Vieles war nicht reguliert, weil beispielsweise in Ost-Berlin noch nicht klar war, welches Amt zuständig war, wer die Ordnungsmacht innehatte. Es waren teilweise anarchistische und selbstorganisierte Zustände. In den Interviews, die ich im Rahmen meiner Forschung geführt habe, wurde deutlich, dass die Straßenhändler*innen versuchten, ihr politisches Interesse zu formulieren und damit scheiterten. Die Stadt sollte – bezogen auf die bürgerliche Vorstellung der europäischen Stadt – fußgänger- und konsumfreundlich werden. Die Straßenhändler*innen galten nicht nur als diejenigen, die den Verkehrsfluss störten, sondern wurden auch als ein Phänomen aus Entwicklungsländern betrachtet, das das Selbstbild der entwickelten, bürgerlichen Stadt störte. Den öffentlichen Raum als einen Potentialraum für so etwas wie eine Ich-AG (die in dieser Zeit aufkam) zu denken, kam nicht in Frage. Ich führte damals ein Interview mit einem Abgeordneten der Linken, der die Meinung vertrat, der öffentliche Raum sei freizuhalten und dürfe nicht in Wert gesetzt werden. Profanitäten dürften darin nicht auftauchen. Gleichzeitig gab es jedoch Formen der großen Inwertsetzung, die die Privatisierung des öffentlichen Raums vorantrieben. Ich fragte mich, wie migrantische Existenzgründungen einzuordnen sind, die nicht viele Möglichkeiten haben, einen Gewerberaum zu mieten. So fing ich an, die Produktion des Städtischen aus dieser Perspektive zu denken. Die Straßenhändler*innen nahmen damals übrigens Kontakt zur Bezirkspolitik auf und versuchten erfolglos, den Negativkatalog aufzuhalten, der ja kein Gesetz, sondern nur eine Ausführungsvorschrift war. Ich habe mich Jahre später gefragt, ob es, wenn es die Recht-auf-Stadt-Bewegung schon zu diesem Zeitpunkt gegeben hätte, möglich gewesen wäre, Allianzen zu schmieden. Damals war es ausgeschlossen, das Recht auf Verkauf im öffentlichen Raum als Recht auf Stadt zu denken. Zum damaligen Zeitpunkt war die Theorie von Lefebvre – also das „Recht auf Stadt“ als Recht auf Zugang zu gesellschaftlichem Reichtum, Infrastruktur und Wissen — noch gar nicht als soziale Bewegung angekommen. Den Straßenhändler*innen ging es zunächst darum, ihre Subsistenzperspektive aufrechtzuerhalten. Dennoch haben sie ihre Forderungen auch damals schon mit Fragen von rassistischer Diskriminierung verknüpft.

Du schreibst, dass Ein- und Ausschlüsse im Stadtraum auch über Konsumverhalten und Kaufkraft definiert und gesteuert werden. Es scheint aber im Fall des Straßenverkaufs, als gäbe es zweierlei Maß in der Bewertung von Konsum – als ‚ordentlicher‘ und ‚unordentlicher‘ Konsum.

Wenn es heißt, dass der öffentliche Raum für alle zugänglich sei und wirtschaftliche Tätigkeiten nicht ausgeschlossen werden sollten, stellt sich die Frage, wer davon profitiert und welche Aktivitäten im öffentlichen Raum betrieben werden. Bezogen auf den Straßenhandel ist das ein großer Widerspruch: Es gibt eine ökonomische Unterscheidung, wer welche Profite macht, und es gibt starke Indizien dafür, dass der Straßenhandel ethnisiert wird. Schon im Nationalsozialismus gab es diese Ethnisierung bzw. Rassifizierung des Straßenhandels als eine jüdische Ökonomie – d.h. ein Vorgehen gegen den Straßenhandel war nicht nur gegen informelle Wirtschaft, sondern folgte auch einer rassistischen Logik. Formale Gründe wurden gegen die wirtschaftliche Tätigkeit wie den Straßenhandel ausgespielt, und die Frage des Rassismus wurde darin aus einer ordnungspolitischen Perspektive nicht benannt. Und dennoch hatte es den Effekt einer rassistischen Reproduktion.

Ist es das, was du mit dem Begriff der urbanen Dekolonisierung meinst? Die Kritik eines Modernitätsbegriffs und eine Kritik, die Kolonialismus nicht als vergangene Geschichte, sondern als präsentes Machtverhältnis denkt, als ‚Kolonialität der Macht‘, die sich permanent einschreibt?

Den Begriff „Urbane Dekolonisierung“ meine ich in einem sehr konkreten, praktischen, räumlichen Sinn: Wer wohnt wie zusammen? Was heißt das für das Zusammenleben in der Stadt? Wie sind Ressourcen verteilt? Wer hat welche Wege von der Arbeit wohin? Wie sind die Schulen in welchen Nachbarschaften ausgestattet? Was hatte die Zuzugssperre von 1975 bis heute für Auswirkungen? Stadt kann man einerseits sehr gut über Infrastrukturen und Ressourcen analysieren, und andererseits muss man sich die Frage stellen, was die epistemischen Prämissen der Stadtforschung sind. Was ist das, was wir uns unter Stadt vorstellen, und für wen ist diese Stadt? Diese Vorstellung ist sehr stark orientiert an einer europäischen Stadt, die auch als Normalität für globale Städte gedacht wird. Vielleicht orientiert sich diese Vorstellung noch etwas an der US-amerikanischen Stadt, aber Städte des lateinamerikanischen oder afrikanischen Kontinents sind überhaupt keine Entwicklungsmodelle für stadtplanerisches Handeln. Wie eine Stadt der Zukunft auszusehen hat, ist also sehr selbstreferenziell. Diese Vorstellung und ihre historischen Bezüge mit Blick auf die gesellschaftliche Gegenwart sowohl lokal als auch global infrage zu stellen, ist, was ich mit ‚urbaner Dekolonisierung‘ meine.

Auch im Zuge der „Kämpfende Hütten”-Ausstellung war zu sehen, dass selbst die ‚alternative‘ Geschichte Berlins oder die der Häuserkämpfe trotzdem mit bestimmten Klischees besetzt ist, beispielsweise die Mieterkämpfe als Teil der 68er-Bewegung oder das Bild der paradiesischen 90er Jahre. Wie bewertest du die retrospektive Umdeutung von alternativen Geschichten?

Hier stellt sich die Frage: Wer erzählt diese alternativen Geschichten? Die scheinbar paradiesischen 90er waren beispielsweise ***die*** Zeit der rassistischen Gewalt. Das ‚Paradies‘ galt nur für eine bestimmte Generation in einer bestimmten Position in der Gesellschaft und für andere überhaupt nicht. Die spannende Frage im Hinblick auf die alternativen Geschichten der 90er ist hingegen die nach den Formen der Selbstorganisation und der Möglichkeit, sich gegen rassistische Gewalt zur Wehr zu setzen. Gerade in einer Zeit, wo man nicht wusste, ob die Polizei für einen da ist oder eben nicht. Anhand dieser Fragen können wir alternative Geschichten erzählen, die vor allen Dingen darauf abzielen, Unterdrückungs-, Verdrängungs- und Marginalisierungseffekte zu erforschen. Das andere sind die Geschichten des Widerstands innerhalb dieser Unterdrückung, die auch einen Moment der Befreiung, ein politisches Moment beschreiben. Politisches Subjekt zu sein kann dann auch heißen, dass Leute sich zusammentun und Widerstand leisten, weil sie tatsächlich von rassistischer Gewalt bedroht sind.

Dementgegen scheint der städtische Raum ein Raum der Selbstermächtigung, der Selbstbestimmung und auch des Widerstands sein zu können.

Du schreibst aber, dass sich die grundsätzliche Frage stellt, ob zur Dekolonisation des Städtischen nicht die Transformation bzw. die Auflösung des Städtischen angedacht werden muss, weil es sich um die strategischen Orte kolonialer und kapitalistischer Reproduktionen handelt. Was meint die Auflösung des Städtischen konkret? Geht es da um die Auflösung der europäischen Idee des Städtischen?

Harun Farocki – Stadtbild, 1981, Film Still
© Harun Farocki GbR

Die Forderung nach einer „Auflösung des Städtischen“ habe ich mit einer Provokation in den Raum gestellt. Sie erklärt sich aus der These, dass sich die Idee der europäischen Stadt normalisiert hat und zum Standard geworden ist und die Unterscheidung zwischen der europäischen Stadt und ‚dem Städtischen‘ überhaupt (oder was es sonst sein könnte) kaum noch getroffen wird. Die ‚Auflösung der Stadt‘ betrifft diese dominante Form der Stadt, die zur Akkumulation von Reichtum und damit auch zu Ungerechtigkeit führt. Aus dekolonialer Perspektive ist die Frage der Umverteilung und der globalen Solidarität dann eine ganz grundsätzliche: Einerseits ist der städtische Kontext der Raum, in dem Widerstände möglich sind. Andererseits ist es aber auch ein Raum, der all das, an dem man sich abarbeiten muss, akkumuliert. Es ist also eine grundsätzliche Frage, über diese dominante Vorstellung hinauszudenken und sich von der Idee des Städtischen zu befreien. Das schließt natürlich die Provokation mit ein, nicht genau zu wissen, was danach kommt, aber schon anzunehmen, dass es einer ganz grundlegenden Infragestellung dieser Konzepte und Vorstellungen bedarf. Es muss eine Perspektive sein, über die wir in der Lage sein sollten nachzudenken. ▪

Noa K. Ha arbeitet in Berlin am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung, DeZIM. Nach dem Studium der Landschaftsplanung promovierte sie an der TU Berlin über öffentlichen Raum, Informalität und Rassismus in der neoliberalen Stadt am Beispiel des Straßenhandels in Berlin. Ihre Forschungsthemen liegen im Bereich Stadt- und Raumsoziologie aus postkolonialer, dekolonialer und rassismuskritischer Perspektive.

Kunstraum Kreuzberg/Bethanien
Mariannenplatz 2
10997 Berlin

www.kunstraumkreuzberg.de
bethanien@kunstraumkreuzberg.de

T +49 30 90298 1454
F +49 30 90298 1453

Öffnungszeiten
So – Mi 10:00 – 20:00
Do – Sa 10:00 – 22:00

Eintritt frei

Herausgeber: Kunstraum Kreuzberg/Bethanien, Mariannenplatz 2, 10997 Berlin.

Der Kunstraum Kreuzberg/Bethanien ist eine Einrichtung des Bezirksamts Friedrichshain-Kreuzberg.

Leitung: Stéphane Bauer
Programmkoordination: Nadia Pilchowski
Redaktion: Caroline Adler & Eylem Sengezer
Lektorat: Almut Meakin
Übersetzung: Matthew James Scown
Gestaltung: NLF Team

Das Urheberrecht der Abbildungen liegt, soweit nicht anders angegeben, bei den jeweiligen Künstler*innen. Das Projekt wird gefördert aus Mitteln des Hauptstadtkulturfonds und aus Mitteln der Senatsverwaltung für Kultur und Europa: Fonds für Kommunale Galerien und dem Fonds für Ausstellungsvergütungen für Bildende Künstlerinnen und Künstler.

Zum Schutz der Besucher*innen bitten wir um das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes und das Einhalten des Mindestabstands von 1,5 Metern während des Besuchs. Aufgrund der Zugangsbeschränkungen kann es zu Wartezeiten kommen. In den Ausstellungsräumen gelten die allgemein gültigen Abstands- und Hygieneregeln.“

Aktuelle Informationen zu Führungen, Begleitprogramm zur Ausstellung und Besucher*innen-Auflagen: www.kunstraumkreuzberg.de

HAUPT STADT KULTUR FONDS
be Berlin Senatsverwaltung für Kultur und Europa
Kommunale Galerien Berlin